Warum westliche Sanktionen gescheitert sind und sich als kontraproduktiv erwiesen haben

Sanktionen werden den Krieg nicht beenden. Und je länger sie andauern, desto mehr Ukrainer werden sterben.

## 15. Oktober 2025 | Ian Proud

Ich habe kürzlich in London an einer Debatte über die Wirksamkeit von Sanktionen als Instrument der Außenpolitik teilgenommen. Ich habe argumentiert, dass sie sich als Instrument der Außenpolitik als unwirksam erwiesen haben, und mich in meinen Ausführungen auf Russland konzentriert, das mit bisher über 20.000 verhängten Sanktionen das am stärksten sanktionierte Land der Welt ist.

Ich argumentierte, dass Sanktionen aus meiner Sicht als jemand, der nach Ausbruch des Krieges 2022 etwa die Hälfte der britischen Sanktionen gegen Russland genehmigt hatte, wirkungslos seien. Darauf bin ich nicht besonders stolz, aber das war damals meine Aufgabe, und ich habe meine Karriere als britischer Diplomat 2023 schließlich aufgegeben, vor allem weil ich der Meinung war, dass die britische Außenpolitik in der Ukraine versagt habe.

Dennoch beunruhigt es mich, dass sich so wenige Menschen darauf zu konzentrieren scheinen, was wir in Großbritannien mit den Sanktionen erreichen wollen, sodass diese mittlerweile zu einem Selbstzweck geworden sind. Wenn man sich jedoch die Gesetzgebung ansieht, insbesondere die Russland-Sanktionsverordnung von 2019, ist der Zweck ganz klar:

Russland dazu zu bewegen, Maßnahmen einzustellen, die die Ukraine destabilisieren oder die Souveränität oder Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen.

Mehr als elf Jahre nach Beginn der Ukraine-Krise und knapp vier Jahre nach Ausbruch des Krieges haben das Vereinigte Königreich und seine Verbündeten dieses Ziel offensichtlich nicht erreicht.

Wir haben elf Jahre lang die Sanktionen gegen Russland schrittweise verschärft, nur um zu sehen, wie Russland seinen Widerstand verstärkte und dann 2022 seine sogenannte "spezielle Militäroperation" startete.

Sanktionen haben das nicht verhindert. Man könnte sogar argumentieren, dass sie dazu beigetragen haben, es zu beschleunigen.

Die Ukraine ist bankrott, ihre Städte sind zerstört, ihre Energieinfrastruktur ist mit Beginn des Winters erneut nächtlichen Bombardements ausgesetzt, und die Menschen fragen sich, ob sie ihre Häuser heizen können werden.

Sanktionen verhindern dies nicht.

Dennoch haben meine Gegner in der Debatte irgendwie das Argument vorgebracht, dass Sanktionen ein wirksames Instrument der Außenpolitik bleiben, und zwar aus der bequemen Position eines

großen Saals, zweitausend Meilen von der Front entfernt, noch weiter entfernt von jeglicher Verantwortung und völlig losgelöst von der Realität.

Meiner Meinung nach gibt es zwei klare Gründe, warum die Sanktionspolitik gescheitert ist.

Erstens, weil selbst wenn die Menschen im Westen sie für gerechtfertigt halten, der russische Staat sie für ungerecht hält.

Seitdem das Minsk-II-Friedensabkommen im März 2015 den Sanktionen untergeordnet wurde, ist Präsident Putin zunehmend davon überzeugt, dass die westlichen Nationen Russland auf jeden Fall sanktionieren würden.

Und genau das ist eingetreten. Jedes Mal, wenn das Vereinigte Königreich, Europa oder andere Länder unvermeidlich neue Sanktionen verhängen, überzeugt dies auch die normale russische Bevölkerung davon, dass dies wahr ist.

Die Menschen im Westen mögen Putin hassen, aber er ist in Russland weitaus beliebter als Keir Starmer in Großbritannien, Friedrich Merz in Berlin oder Emmanuel Macron in Frankreich. Die Vorstellung, dass Sanktionen die Unterstützung für Präsident Putin in Russland untergraben, ist daher völlig falsch.

Ebenso mag die Sanktionierung von in Großbritannien lebenden russischen Milliardären, die ihr Vermögen aus Russland abgezogen haben, in der *Financial Times* gut ankommen, ist aber eine bedeutungslose Geste; diese Persönlichkeiten haben in Russland keine wirkliche Macht.

Die Vorstellung, dass Roman Abramovich, wenn wir ihn sanktionieren, sich irgendwie erheben und gemeinsam mit anderen Oligarchen versuchen könnte, Putin zu stürzen, ist reine Fantasie. Der russische Oligarch Oleg Tinkoff, der nach Kriegsbeginn auf Instagram die russische Armee kritisierte, wurde gezwungen, seine gleichnamige Bank zu verkaufen, und dennoch hat Großbritannien ihn sanktioniert. Warum sollte ein wohlhabender Russe auf dieser Grundlage im Namen des Westens gegen Präsident Putin aufbegehren, nur um dann ohnehin von uns mit Sanktionen belegt zu werden?

Dennoch haben wir 2000 Personen und Organisationen mit Sanktionen belegt und ihnen die Einreise nach Großbritannien verboten, obwohl 92 Prozent von ihnen vor Kriegsbeginn noch nie dort waren. Ich fürchte, das sind leere Gesten.

Sanktionen werden den Krieg nicht beenden. Und je länger sie andauern, desto mehr Ukrainer werden sterben.

Obwohl Russland seit 2014 alles getan hat, um sich an die Sanktionen anzupassen, versuchen Kommentatoren im Westen dennoch zu behaupten, dass wir vielleicht zu Beginn mehr Sanktionen hätten verhängen sollen, um eine größere Wirkung zu erzielen.

Aber mein zweiter Punkt ist, dass dies die politische Realität der Verhängung von Sanktionen leugnet.

Obwohl die Wirtschaftskraft der NATO-Staaten insgesamt 27 Mal größer ist als die Russlands, können 32 Staaten ihre Politik nicht schnell genug koordinieren, um entschlossen zu handeln.

Das Ergebnis ist ein Krieg, der von einem Ausschuss geführt wird.

Stellen Sie sich ein Schachbrett vor, auf dem Präsident Putin einer Mannschaft von zweiunddreißig Personen gegenübersteht, die sich monatelang lautstark untereinander streiten, bevor sie beschließen, nicht den besten Zug zu machen.

Wenn Sie glauben, dass Europa jetzt, da sich seine Mitgliedstaaten zunehmend nationalistischen Parteien zuwenden, die die Kriegspolitik in Brüssel ablehnen, zu einem schnellen Entscheidungsgremium werden wird, dann lautet meine Botschaft an Sie: Viel Glück beim Warten darauf.

Europa debattiert nun seit über einem Jahr darüber, ob 200 Milliarden Euro an russischen Vermögenswerten in Belgien enteignet werden sollen.

Doch genau das wurde nicht vereinbart, weil die belgische Regierung dies konsequent blockiert hat, aus der nicht unberechtigten Befürchtung heraus, dass dies den Ruf des Landes bei internationalen Investoren zu einem Zeitpunkt ruinieren würde, an dem in den Entwicklungsländern eine neue Finanzarchitektur aufgebaut wird.

Unterdessen sind die Devisenreserven Russlands weiter gewachsen und liegen nun erstmals bei über 700 Milliarden Dollar. Selbst zu diesem späten Zeitpunkt könnte Russland also ohne diese Vermögenswerte leben, sollte Europa sich für deren Enteignung entscheiden.

Anstatt an den Verhandlungstisch gedrängt zu werden – eine reine Fantasievorstellung, wie die Befürworter dieser hirnrissigen Idee Ihnen weismachen wollen –, wäre Russland über diesen seiner Meinung nach begangenen Diebstahl so empört, dass es weiterkämpfen würde.

Und noch mehr Ukrainer würden sterben.

Präsident Putin ist nicht durch die Notwendigkeit von Konsultationen eingeschränkt, und die Unentschlossenheit des Westens verschafft ihm Zeit, sich anzupassen. Seit 2014 hat sich die russische Wirtschaft von ihrer Abhängigkeit vom Westen abgewandt, gerade um die Auswirkungen der Sanktionen zu begrenzen.

Als 2022 der Krieg ausbrach, hatte sich Russland bereits seit acht Jahren an die Sanktionen angepasst. Auch wenn das Ausmaß beispiellos war, hatte sich Russland bereits auf den Angriff vorbereitet und sich besser angepasst.

Im Jahr 2022, als alle über den abstürzenden Rubel jubelten, erzielte Russland seinen bisher größten Leistungsbilanzüberschuss von über 230 Milliarden Dollar, der übrigens größer ist als die gesamte Wirtschaft der Ukraine.

Trotz der Unterbrechung der Gaslieferungen und des Drucks auf Schattentanker erzielt Russland bis heute jedes Jahr hohe Handelsüberschüsse. Seit 1998 hat es kein Defizit mehr verzeichnet.

Viele Leute argumentierten, dass es vielleicht etwas geändert hätte, wenn wir 2014 alles auf eine Karte gesetzt hätten. Aber glauben Sie uns, das wurde in Europa diskutiert, und niemand konnte sich darauf einigen.

Und ich frage mich, ob Europa, wenn man sich darauf geeinigt hätte, nicht einfach zehn Jahre früher mit den politischen und wirtschaftlichen Turbulenzen konfrontiert worden wäre, mit denen es derzeit zu kämpfen hat.

Hören wir also auf, über "Was wäre wenn" zu spekulieren.

Die hässliche Wahrheit ist, dass Sanktionen zu einem Selbstzweck geworden sind. Sie sind keine Strategie, sondern ein Feigenblatt, das die peinliche Tatsache verdeckt, dass der Westen keine Strategie hat.

Sie sind eine schwache Alternative zu Krieg oder Frieden, die keinen anderen Zweck erfüllen, als den Krieg in der Ukraine zu verlängern.

Die westlichen Nationen haben sich als nicht bereit erwiesen, diplomatische Lösungen in Betracht zu ziehen. Gespräche mit Putin werden als Preis angesehen, der ihn aus seiner internationalen Isolation befreien würde, obwohl er nur von den westlichen Nationen isoliert zu sein scheint. Doch bei Diplomatie geht es nicht darum, mit seinen Freunden zu sprechen, trotz der endlosen Runde von Gipfeltreffen, an denen unsere Staats- und Regierungschefs teilnehmen. Bei Diplomatie geht es darum, mit den Menschen zu sprechen, mit denen man am meisten uneinig ist. Wir haben uns geweigert, mit Russland zu sprechen, und vermeiden bis heute um jeden Preis diplomatische Gespräche.

Wir wollen auch keinen Krieg. Die britische Armee hat heute 73.000 Soldaten, 2.000 weniger als vor zwei Jahren. Russland hat offenbar 600.000 Soldaten in der Ukraine. Wir konnten uns nicht einmal darauf einigen, 10.000 Soldaten als Teil einer sogenannten "Reassurance Force" zu entsenden, obwohl mich diese Idee, ehrlich gesagt, überhaupt nicht beruhigt hat.

Russland übertrifft uns bei der Produktion von Munition, Panzern und Kriegsschiffen. Und es verfügt über 6000 Atomsprengköpfe. Deshalb bin ich froh, dass auch wir keinen Krieg wollen.

Aber solange wir weiterhin immer geringere Sanktionspakete verhängen, wird die Ukraine in der Mitte stecken bleiben, verwüstet und entvölkert, während Europa sich deindustrialisiert und immer schneller in den Nationalismus abgleitet.

Unterdessen scheint die russische Wirtschaft trotz offensichtlicher Gegenwinde in besserer Verfassung zu sein als unsere. Es wäre unmöglich zu behaupten, dass die Sanktionen keine wirtschaftlichen Auswirkungen auf die russische Wirtschaft gehabt hätten. Da jedoch die wirtschaftlichen Verbindungen zum Westen nun so gut wie zerstört sind, ist eine Lockerung der Sanktionen für Russland weniger wichtig als für Europa.

Kürzlich unterhielt ich mich in Budapest mit einem Mitglied des House of Lords und ehemaligen Kollegen aus dem diplomatischen Dienst, der ein enger Freund von Boris Johnson ist. In seiner Rede bemerkte er, dass die Sanktionen gegen Russland keinerlei Auswirkungen gehabt hätten.

Später diskutierten wir bei einem Drink darüber, und er stimmte den Argumenten zu, die ich heute vorgebracht habe. Aber dann hielt er inne und sagte: "Ah, aber das kann man in Großbritannien einfach nicht sagen."

Es ist Zeit, aufzuwachen und zu erkennen, in welch schreckliches Chaos wir uns durch Sanktionen gebracht haben. Die Sanktionen sind gescheitert, zum großen Nachteil der Ukraine. Es ist endlich Zeit, zur Diplomatie zurückzukehren.